Generalversammlung Europäischer Rabbiner endet mit Appellen

16. Mai 2019



Antwerpen (KNA) Konkrete Beschlüsse gab es nicht, aber zahlreiche Diskussionen über aktuelle Themen: Am Mittwoch ist in Antwerpen die 31. Generalversammlung der Konferenz Europäischer Rabbiner (CER) zu Ende gegangen. Zum Abschluss appellierten sie an Politiker in der EU, die Religionsfreiheit zu schützen und die Ausübung der Religion nicht durch Gesetze wie etwa das Verbot ritueller Schlachtungen in Belgien zu behindern. Zudem beklagten die Rabbiner angesichts von Anschlägen auf Synagogen oder verbalen Attacken Antisemitismus und generell große Sicherheitsprobleme für Juden.

Angesichts solcher Entwicklungen fragten sich manche Juden, ob sie hier eine Zukunft hätten, sagte CER-Präsident, Moskaus Oberrabbiner Pinchas Goldschmidt, der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA). Die Frage nach der Religionsfreiheit sei ein wichtiger Aspekt, wenn Politiker beteuerten, dass ein Europa ohne Juden kein Europa mehr wäre. Juden fragten ihre Rabbiner, ob sie weiter in der EU leben könnten. „Sie erwarten von uns eine Antwort. Wir müssen die Fragen den Politikern stellen."

Die Antisemitismusbeauftragte der EU-Kommission, Katharina von Schnurbein, verwies bei der Generalversammlung auf eine neue Arbeitsgruppe, die sich auf europäischer Ebene mit Themen befassen wolle, die das Judentum betreffen. In der Gruppe seien Vertreter der Mitgliedsstaaten, der EUKommission und der jüdischen Gemeinschaft. Es werde bei einem Treffen Ende Juni um das Thema Sicherheit gehen, im Herbst um Bildung und die Gestaltung des Holocaustgedenkens.

Angesichts umstrittener Gesetze sagte von Schnurbein, dass die Gesetzgebung von den EU-Staaten gemacht werde. Diese Gesetze seien nicht antisemitisch gemeint. Goldschmidt hatte am Dienstagabend gesagt, dass das Verbot ritueller Schlachtungen zwar mit Blick auf Muslime erlassen worden sei, aber: „Wir sind der Kollateralschaden." Niemand solle sagen, dass Gesetze gegen jüdische Praktiken und antisemitische Attacken nicht miteinander zusammenhingen. „Beide sind Ausdruck illiberaler Tendenzen in Europa."

Goldschmidt hatte zum Auftakt der Generalversammlung gesagt, er sehe Antisemitismus in einigen EU-Ländern als Instrument von Nationalisten im Europawahlkampf. Aus Sicht des Oberrabbiners von Belgien, Albert Guigui, bedrohen Antisemitismus und Islamophobie die Werte Europas. Er forderte, dass antisemitische Taten in allen EU-Staaten von der Justiz verfolgt würden. Auch sollten Nachrichten antisemitischen Inhalts in den Sozialen Medien bestraft werden.

Die Generalversammlung hatte am Montag in Antwerpen begonnen – in einer Stadt mit einer großen orthodoxen Gemeinschaft. Dazu kamen mehrere hundert Rabbiner und politische Entscheidungsträger zusammen. Unter den Gästen waren auch Israels Oberrabbiner David Lau und Yitzhak Yosef. Zu den Themen gehörten auch die Sicherheit von Synagogen oder der Übertritt von Kindern und Jugendlichen zum Judentum und ethische Aspekte der Pränataldiagnostik. Die Versammlung tagt alle zwei Jahre. Ort und Datum für die nächste Konferenz stehen noch nicht fest.

(KNA – tkplp-89-00066)

Stand: 16. November 2026